

# B Ü R G E R I N F O R M A T I O N

November 2022

der im Rat der Ortsgemeinde Waldalgesheim vertretenen Fraktionen von CDU, FWG, Bündnis90/Die Grünen und FDP.

## Grundstücke neben dem Schulgelände der Astrid-Lindgren-Schule

Sehr geehrte Mitbürgerinnen und Mitbürger,

die unterzeichnenden Fraktionen haben sich aufgrund der aktuellen Entwicklung zu der im Betreff genannten Thematik entschlossen, Sie heute mit diesem Schreiben in Kenntnis zu setzen.

### Um was geht es?

Die betreffenden Grundstücke neben dem Schulgelände (optisch als eine Einheit anzusehen) wurden vor einigen Jahren von der Ortsgemeinde Waldalgesheim an den Kreis Mainz-Bingen nur vor dem Hintergrund verkauft, dass für unbegleitete jugendliche Flüchtlinge, eine Unterkunft im Rahmen humanitärer Hilfe errichtet wird. Nach einem Rückgang der Flüchtlingswelle wurde das Projekt seitens der Kreisverwaltung Mainz-Bingen jedoch nicht mehr umgesetzt.

Dieser Grundbesitz soll gemäß einem öffentlichen Beschluss des Kreistages vom 10.06.2022 nun als Einlage in Höhe von gerundet 340.000 EUR in die von der Kreiswohnungsbaugesellschaft gegründete „Wohnen in Waldalgesheim UG & Co. KG“ eingebracht werden. Als Begründung für den Beschluss wurde im Kreistag angeführt, dass die Ortsgemeinde nicht über die für einen Rückkauf erforderlichen Mittel verfügt. Dies ist nach unserer Auffassung schlichtweg in keiner Weise der Fall. Die Ortsgemeinde hätte sich um den Rückkauf der Grundstücke bemüht, wäre sie vor dem Kreistagsbeschluss darüber in Kenntnis gesetzt worden.

### Um welche Grundstücke geht es?

Es geht um die Grundstücke auf/neben dem Schulgelände der Astrid-Lindgren-Schule, zwischen dem Schulhof und der Sankt-Barbara-Straße, Gemarkung Waldalgesheim, Flur 21, Flurstücke 57, 58/1 und 58/2, von insgesamt 2.060 qm (800, 830 und 430 qm). Ein Ausschnitt einer Liegenschaftskarte ist auf Seite 2 abgedruckt.

### Was ist jetzt passiert?

Nun beabsichtigt die neu gegründete KWBG Kreiswohnungsbaugesellschaft des Landkreises Mainz-Bingen auf diesen Grundstücken die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum durch Errichtung eines entsprechenden Wohngebäudes unter Einbindung der Ortsgemeinde Waldalgesheim und droht, die Maßnahme „zur Not auch ohne diese“ durchzuführen.

Diesen Standort am Schulgelände sehen wir Fraktionen für einen Baukörper mit 11 Wohnungen und ggf. sogar bis zu 18 Wohnungen (je nach Ausnutzung des Bauvolumens) und zusätzlichen notwendigen Stellplätzen, nicht als geeignet an.

Nach unseren Informationen soll die Astrid-Lindgren-Schule im Jahr 2026 für die Ganztagsbetreuung hochgestuft werden. Sich damit ggf. verändernde Rahmenbedingungen, wie z. B. die Größe des Schulhofes, notwendige bauliche Erweiterungsmaßnahmen etc., sind im Einzelnen noch nicht bekannt, sollten jedoch heute schon in unsere Überlegungen mit einfließen.

In diesem Zusammenhang könnte auf dem Schulgelände auch eine Mensa errichtet werden. Welcher Platzbedarf auch hierfür an Grundfläche notwendig werden sein würde, sollte im Vorfeld geprüft werden. Klar ist aber jetzt schon, dass der von der Kreiswohnungsbaugesellschaft des Landkreises Mainz-Bingen geplante Bau die Ortsgemeinde in ihrer Flexibilität einschränkt und das heutige Schulgelände nicht unerheblich beeinflusst.

Ausdrücklich ist an dieser Stelle zu betonen, dass sich die unterzeichnenden Fraktionen **n i c h t** gegen die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum aussprechen, sondern lediglich den vorgesehenen Standort aus den vorstehend genannten Überlegungen heraus ablehnen! Im Gegenteil, gerne unterbreiten wir konstruktiv geeignete Alternativen.

Der Ortsgemeinderat der Ortsgemeinde Waldalgesheim hat daher in seiner Sitzung am 20.09.2022 fraktionsübergreifend die Verwaltung beauftragt mit der vom Landkreis gegründeten KWBG erneut in Verhandlungen zu treten.

Die unterzeichnenden Fraktionen der Ortsgemeinde Waldalgesheim bekennen sich zum Erhalt des Schulstandortes Waldalgesheim und werden alles dafür unternehmen, die besagten Grundstücke wieder in das Eigentum der Ortsgemeinde zurückzuführen. Nicht zuletzt wollen wir unseren bereits jetzt attraktiven Ort auch für unsere Kinder und Enkel weiterentwickeln, so dass dieser auch in Zukunft ein größtmögliches Entwicklungspotential besitzt.



Im Vordergrund des Bildes ist die verbuschte Fläche von 2.060 qm zu sehen.



Die gelb markierten Grundstücke sollen wieder Eigentum der Ortsgemeinde werden.